

wurden, sind eisfreie Häfen mit außerordentlicher strategischer Bedeutung für Operationen im Nordpazifik. Der Baubeginn für "Projekt 1204" (1977) fiel in eine Zeit, da es um die sino-sowjetischen Beziehungen nicht allzu gut bestellt war. -we-

Innenpolitik

*(10)

5. Plenarsitzung des Politbüros

Das Politbüro des XIII. Zentralkomitees der KPCh trat vom 3. bis 4. März 1988 zu seiner 5. Plenarsitzung zusammen und beschloß, die 2. Plenartagung des XIII. Zentralkomitees für den 15. März einzuberufen.

Darüber hinaus diskutierte und billigte das Politbüro die folgenden Vorlagen:

- den von ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang in Vertretung des Politbüros abgegebenen "Arbeitsbericht [des Politbüros] für die 2. Plenartagung des XIII. ZK der KPCh";
- eine Liste von Kandidaten für staatliche Führungspositionen, die der 1. Tagung des VII. Nationalen Volkskongresses (NVK) vorgelegt werden soll;
- eine Liste von Kandidaten für leitende Positionen im Nationalkomitee der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKCV), die der 1. Tagung des VII. Nationalkomitees der PKCV vorgelegt werden soll.

Das Politbüro beschloß außerdem, die beiden Wahlkandidatenlisten mit den demokratischen Parteien, mit Persönlichkeiten ohne Parteizugehörigkeit und mit den betroffenen Massenorganisationen zu erörtern und an die 2. Plenartagung des XIII. ZK zur Beratung und Beschlußfassung zu überweisen. An der Politbürositzung nahmen 15 von 17 Politbüromitgliedern und ein Kandidat teil. (RMRB, 5.3.88)

Durch die neue Offenheit in der Berichterstattung über formelle Sitzungen des Politbüros wurde zum erstenmal offiziell bestätigt, daß die Führer des Staates und der PKCV von der Führung der Kommunistischen Partei ausgewählt werden. Daß die "Erörterung" (xieshang) der vom Politbüro aufgestellten Wahlkandidatenlisten durch

Nichtkommunisten nach wie vor eine Farce ist, wird daran deutlich, daß die Listen gleichzeitig an das ZK-Plenum zur Beschlußfassung überwiesen wurden - Änderungen durch "Erörterungen" mit Nichtkommunisten im Rahmen der Einheitsfrontpolitik sind offensichtlich gar nicht erst vorgesehen. Aber auch vom ZK-Plenum und vom NVK sind keine Änderungen der vom Politbüro beschlossenen Listen zu erwarten, da nach dem Prinzip des "demokratischen Zentralismus" eine von der Parteizentrale gefällte Entscheidung von den unteren Ebene zu befolgen ist. -sch-

*(11)

6. Plenarsitzung des Politbüros

Das Politbüro des XIII. Zentralkomitees der KPCh trat am 9. März 1988 zu seiner 6. Plenarsitzung zusammen, um den Regierungsbericht des amtierenden Ministerpräsidenten Li Peng für die 1. Tagung des VII. Nationalen Volkskongresses (NVK) zu beraten. Das Politbüro stimmte dem Bericht "im Prinzip" zu und schlug vor, den Bericht nach einer weiteren Anhörung von Meinungen hierzu in entsprechend abgeänderter Fassung der NVK-Tagung zur Beratung vorzulegen. An der Sitzung des Politbüros nahmen 12 der 17 Mitglieder sowie der einzige Kandidat des Politbüros (Ding Guan'gen) teil. (RMRB, 10.3.88) -sch-

*(12)

2. Plenartagungen des XIII. Zentralkomitees, der Zentralen Beraterkommission und der Zentralen Disziplinungskontrollkommission

Das XIII. Zentralkomitee der KPCh trat vom 15. bis 19. März 1988 zu seiner 2. Plenartagung zusammen. An der Tagung nahmen 171 von 175 ZK-Mitgliedern und 107 von 110 ZK-Kandidaten teil. Außerdem nahmen 183 von 200 Mitgliedern der Zentralen Beraterkommission, 68 der 69 Mitglieder der Zentralen Disziplinungskontrollkommission und 36 weitere Führungskader als Beobachter an der ZK-Plenartagung teil. (RMRB, 16./20.3.88)

Auf der Tagung trug Zhao Ziyang im Namen des Politbüros einen Arbeitsbericht vor (Text in: RMRB, 21.3.88), in dem er sich mit folgenden sechs Themen beschäftigte:

- 1) Die personellen Entscheidungen der bevorstehenden Tagungen des Nationalen Volkskongresses und des Nationalkomitees der PKCV und die Strukturreform des Staatsrats. Bezüglich der Strukturreform erklärte Zhao, daß ihr Schwerpunkt nicht auf der Abschaffung und Verringerung der Staatsorgane liege, sondern auf der Veränderung der Funktionen der Organe. Da dies nicht den ursprünglichen Intentionen der marktorientierten Reformkräfte entspricht, gestand Zhao der anstehenden Reform auch nur "Übergangscharakter" zu.
- 2) Die wirtschaftliche Lage. Hierunter sprach Zhao u.a. die Preissteigerungen für Lebensmittel an. Dieses Problem könne nur durch eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion erreicht werden. Unter der Forderung nach verstärkter Anwendung des Wertgesetzes und nach weiterer Entwicklung der Warenwirtschaft im landwirtschaftlichen Bereich forderte Zhao zwischen den Zeilen weitere Preisfreigaben, damit die Bauern die richtigen Signale für die Ausrichtung ihrer Produktion erhalten.
- 3) Die Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung der Küstenregionen. Zhao Ziyang zufolge ist diese Wirtschaftsentwicklungs-"Strategie" "erst kürzlich" (zuijin) vom Politbüro vorgeschlagen worden. Diesem Konzept liegt die alte Entwicklungsphilosophie von Deng Xiaoping zugrunde, daß die entwickelten, reichen Einheiten und Regionen bevorzugt gefördert werden sollen, um eine schnellere gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu erreichen. Nach Ansicht der marktorientierten Reformkräfte wird sich diese Strategie auch positiv für die armen Einheiten und Regionen auswirken.
- 4) Die Ausarbeitung und Durchführung des Gesetzes über die staatlichen Betriebe. Zhao bezeichnete die Trennung zwischen Partei und Betriebsverwaltung als "Kernfrage" bei der Ausführung des Gesetzes. Der gesetzliche Vertreter des Betriebs sei, so Zhao, der Betriebsdirektor (und nicht der Parteisekretär).

5) Der Parteaufbau. Unter diesem Punkt ging Zhao in zumeist indirekter Form hauptsächlich auf die unter den Partei- und Staatskadern weitverbreitete Korruption und die Möglichkeiten ihrer Bekämpfung ein. Zhao erklärte, daß eine Beseitigung der Ursachen für "unge-sunde Tendenzen" nur durch eine weitere Entwicklung der sozialistischen Warenwirtschaft mittels Wirtschaftsreformen und durch den Aufbau einer sozialistischen Demokratie mittels politischer Reformen möglich sei. Notwendig sei u.a. eine verstärkte Aufsicht und Überwachung der Funktionäre.

6) Gesellschaftliche Konsultationen und Dialog. Dieses politische Konzept, das Zhao bereits auf dem XIII. Parteitag vorgestellt hatte, sieht einen verstärkten Dialog zwischen der politischen Führung und den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu verschiedenen gesellschaftlichen Themen vor. Am intensivsten und unmittelbarsten soll dieser Dialog auf der untersten Ebene, d.h. in den Basiseinheiten, geführt werden. Verbessert werden soll auch die Informationspolitik des Staatsrats und des Nationalen Volkskongresses durch einen Ausbau des Pressesprechersystems und durch regelmäßige Pressekonferenzen.

Nach der Beratung und Verabschiedung des von ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang vorgetragenen "Arbeitsberichts" des Politbüros stellte die Erörterung der vom Politbüro vorgeschlagenen Kandidatenlisten für die Führungspositionen im Nationalen Volkskongreß (NVK), im Staatsrat und im Nationalkomitee der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKCV) den zweiten Tagesordnungspunkt der 2. Plenartagung des XIII. ZK dar. Die beiden Listen wurden offensichtlich ohne Veränderungen verabschiedet und an die 1. Tagung des VII. NVK bzw. an die 1. Tagung des VII. Nationalkomitees der PKCV als "Empfehlung" (tujian) überwiesen. (RMRB, 16./ 20.3.88)

Unmittelbar im Anschluß an die 2. Plenartagung des XIII. Zentralkomitees traten auch die Zentrale Beraterkommission und die Zentrale Disziplinungskontrollkommission zu ihren 2. Plenartagungen zusammen.

Die Zentrale Beraterkommission brachte auf ihrer 2. Plenartagung am 19. März in einem dürren Kommuniqué ihre "Zustimmung" (zantong) zum Bericht von Zhao Ziyang und zu den beiden erwähnten Kandidatenlisten zum Ausdruck (RMRB, 20.3.88). Außerdem hielt der stellvertretende Vorsitzende der Beraterkommission, Bo Yibo, eine längere Rede (Text in: RMRB, 22.3.88), in der er die Strategie für die beschleunigte wirtschaftliche Entwicklung der Küstenregionen zwar allgemein begrüßte, gleichzeitig aber auch Vorsicht, sorgfältige Planung und ein klares Konzept anmahnte und vor übereilten Schritten warnte. Auch in seinen Ausführungen bezüglich der Verbesserung des Arbeitsstils der Partei und der Konsultationen und des Dialogs gab es teilweise erhebliche inhaltliche Abweichungen zum Bericht von Zhao Ziyang, die auf nach wie vor bestehende beträchtliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den von Zhao repräsentierten marktorientierten Reformkräften und den von Bo Yibo vertretenen orthodoxen Kräften hindeuten.

Die Zentrale Disziplinungskontrollkommission beschäftigte sich auf ihrer 2. Plenartagung vom 20. bis 22. März 1988 ebenfalls mit dem Bericht von Zhao Ziyang und mit den beiden Kandidatenlisten und brachte - im Gegensatz zur Zentralen Beraterkommission - "einstimmig" ihre Zustimmung zu diesen Dokumenten zum Ausdruck (RMRB, 23.3.88). In ihrem Kommuniqué wiederholten die Tagungsteilnehmer - ebenfalls im Gegensatz zu den mehrheitlich offenbar orthodoxen Beratern - die Forderung der Zentralkomitee-Mehrheit nach "weiterer Befreiung des Denkens" und nach der "Beschleunigung und Vertiefung der Reform" (ebenda; vgl. das Kommuniqué der 2. ZK-Plenartagung in: RMRB, 20.3.88). Darüber hinaus diskutierten und verabschiedeten die höchsten Disziplinungskontrollorgane der Partei einen Bericht ihres Vorsitzenden Qiao Shi und diskutierten einen "Plan zur Strukturreform der Disziplinungskontrollorgane der Partei", ohne hierzu einen Beschluß zu fassen. In seiner Rede forderte Qiao Shi die rund 200.000 Disziplinungskontrollkader der KPCh auf, die Reformkräfte zu unterstützen. Grundlegendes Kriterium zur Beurteilung einer Sache müsse sein, ob diese der Entwicklung der Produktivkräfte diene oder nicht. -sch-

*(13)

Parteizentrale schlägt Verfassungsänderung vor

Das ZK-Organ *Volkszeitung* veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 6. März 1988 einen "Vorschlag des Zentralkomitees" an den Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses, der 1. Tagung des VII. NVK einen Antrag auf folgende Verfassungsänderungen zu unterbreiten:

- Artikel 11 der Verfassung soll um den folgenden Passus erweitert werden:

"Der Staat erlaubt die Existenz und Entwicklung der Privatwirtschaft im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen. Die Privatwirtschaft stellt eine Ergänzung der sozialistischen Gemeinwirtschaft dar. Der Staat schützt die legalen Rechte und Interessen der Privatwirtschaft und leitet, überwacht und verwaltet die Privatwirtschaft."

- Absatz 4 von Artikel 10 der Verfassung soll wie folgt geändert werden:

"Keine Organisation und keine Einzelperson darf Grund und Boden in Besitz nehmen, kaufen oder verkaufen oder auf andere Weise gesetzwidrig anderen überlassen. Das Bodennutzungsrecht kann entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen abgetreten werden." (RMRB, 6.3.88)

Tatsächlich handelt es sich bei diesem Vorschlag des "Zentralkomitees" um eine Anweisung des Ständigen Ausschusses des Politbüros, denn zuvor hatten weder eine ZK-Plenartagung noch eine Sitzung des Politbüros stattgefunden. Dieser "Vorschlag" wurde erwartungsgemäß unverändert vom Ständigen NVK-Ausschuß übernommen und an die bevorstehende NVK-Plenartagung weitergeleitet (RMRB, 13.3.88) -sch-

*(14)

Eisenbahnminister zurückgetreten

Die Ständige Konferenz des Staatsrats beschäftigte sich am 5. März mit den zwei schweren Verkehrsunglücken vom 18. und 24. Januar dieses Jahres und beschloß u.a., das Rücktrittsgesuch von Eisenbahnminister Ding Guan'gen anzunehmen und dem Direktor des Amtes für Zivilluftfahrt, Hu Yizhou, einen schweren Disziplinarverweis zu erteilen. Der Leiter der Untersu-

chungskommission für diese beiden Verkehrsunfälle, Staatsratskommissar Zhang Jingfu, erklärte, daß der Motorenbrand, der zu dem Flugzeugabsturz führte, auf mangelnde Wartung und falschen Gebrauch zurückzuführen sei. Über die Ursachen des Eisenbahnunglücks vom 24. Januar seien sich die Experten noch nicht einig. (RMRB, 7.3.88)

Mit seinem Rücktritt vom Amt des Eisenbahnministers scheint der politische Höhenflug von Ding Guan'gen zunächst einmal gestoppt. Der 58jährige Ding war im Juni 1985 Eisenbahnminister geworden und im September 1985 auf der Nationalen Delegiertenkonferenz der KPCh zum erstenmal in das ZK gewählt worden. Im Anschluß an den XIII. Nationalen Parteitag war Ding Anfang November überraschend zum Kandidaten des Politbüros aufgestiegen. -sch-

***(15)**
25. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI. NVK

Der Ständige Ausschuß des VI. Nationalen Volkskongresses (NVK) kam vom 5. bis 12. März 1988 zu seiner 25. und gleichzeitig letzten Sitzung zusammen und beschäftigte sich vor allem mit der Vorbereitung der 1. Tagung des VII. NVK (RMRB, 6.-13.3.88).

Der Ständige NVK-Ausschuß beschloß, den Vorschlag der KPCh-Zentrale auf Abänderung der Verfassung zu übernehmen und unverändert an die 1. Tagung der VII. NVK weiterzuleiten (RMRB, 13.3.88). Die Abänderung der Verfassung war aufgrund der verschiedenen wirtschaftlichen Reprivatisierungsmaßnahmen der letzten Jahre notwendig geworden.

Nach insgesamt fünfmaliger Beratung im Ständigen Ausschuß wurde der mehrfach abgeänderte Entwurf des Gesetzes über die staatlichen Industrieunternehmen an die bevorstehende NVK-Plenartagung zur endgültigen Beratung überwiesen.

Ebenfalls an das NVK-Plenum überwiesen wurden der Gesetzentwurf über die chinesisch-ausländischen Gemeinschaftsunternehmen, der Antrag auf Errichtung der Wirtschaftszone Hainan, der Arbeitsbericht des Ständigen NVK-Ausschusses, der Entwurf einer Tagesordnung der 1. Tagung des VII. NVK usw.

Darüber hinaus bestätigte der Ständige NVK-Ausschuß die Entlassung von Ding Guan'gen vom Amt des Eisenbahnministers, ernannte den 57jährigen Ding Weizhi zum stellvertretenden Präsidenten der Akademie für Sozialwissenschaften und faßte eine Reihe von weiteren Personalbeschlüssen. -sch-

***(16)**
Weiteres schweres Eisenbahnunglück

Ein weiteres schweres Zugunglück ereignete sich am 24. März 1988, als in der Nähe von Shanghai zwei Personenzüge zusammenstießen. Dabei wurden 27 japanische Jugendliche und ein chinesischer Reisender getötet. Weitere 37 japanische Schüler und 62 Chinesen erlitten Verletzungen. Ursache des vierten schweren Zugunglücks seit Beginn des Jahres war das Versagen der Bremsen eines der beiden Züge. Auch wegen der dadurch verursachten diplomatischen Verwicklungen mit Japan schaltete sich Ministerpräsident Li Peng direkt in die Regelung dieses Unfalls ein und entsandte den Generalsekretär des Staatsrats, Chen Junsheng, und andere hohe Beamte an die Unfallstelle. Der stellvertretende Außenminister Zhu Qizhen traf in dieser Angelegenheit am 25. März in Shanghai mit seinem japanischen Amtskollegen Hamada Takujiro zusammen. (XNA, 26.3.88; XNA, 28.3.88) -sch-

***(17)**
Widersprüchliche Angaben zur Hepatitis-A-Epidemie

Über das Ausmaß der Hepatitis-A-Epidemie in Shanghai liegen nach wie vor sehr unterschiedliche Angaben vor:

- Offiziellen chinesischen Quellen zufolge sind immerhin 290.000 Personen an Hepatitis A erkrankt (Shanghais künftiger Bürgermeister Zhu Rongji, nach XNA, 31.3.88). Dies sind wesentlich mehr als ursprünglich von chinesischer Seite angedeutet (siehe C.a., Februar 1988, Ü 14). Allerdings sollen nach diesen neuen auf Zahlen des Gesundheitsministeriums basierenden Angaben lediglich elf Menschen an dieser Krankheit gestorben sein (XNA, 21.3.88).
- Von der Zeitschrift *Asiaweek* zitierte "unabhängige Quellen" bezifferten hingegen die Zahl der an Hepatitis erkrankten

Shanghai auf mittlerweile rund 10% der 12 Mio. Stadtbewohner. Schätzungen über die Zahl der Toten durch medizinisches Personal in Shanghai reichen von 1.000 bis über 10.000 (AW, 15.4.88, S. 23; siehe auch AFP, in: FAZ, 19.3.88).

Am 21. März erklärte ein Beamter des Gesundheitsministeriums in Beijing, daß die Hepatitis-Epidemie in Shanghai mittlerweile "vollständig unter Kontrolle" sei. Die Zahl der Fälle sei um 95% zurückgegangen. Insgesamt seien 292.301 Personen an Hepatitis erkrankt. Der Grund für den Ausbruch der Epidemie sei eindeutig in dem Verzehr von unsachgemäß zubereiteten Muscheln zu suchen. (XNA, 21.3.88)

Die Erklärung des Sprechers des Gesundheitsministeriums wurde drei Tage nach dem Bekanntwerden von Berichten westlicher Mediziner abgegeben, die aus Shanghai nach Beijing zurückgekehrt waren und von Schätzungen ihrer chinesischen Kollegen in Shanghai berichtet hatten, denen zufolge zwischen 800.000 und 1,2 Mio. Menschen in Shanghai an Hepatitis A erkrankt sein sollen (AFP, in: FAZ, 19.3.88).

Ein Vertreter der Weltgesundheitsorganisation WHO beklagte die schlechte Informationspolitik, die die Kontrolle epidemischer Krankheiten beeinträchtigt (AW, 15.4.88, S.23). Dieser Vorwurf scheint nicht nur für den Fall Shanghai zu gelten. Erst jetzt wurde von offizieller chinesischer Seite bekanntgegeben, daß in Xinjiang seit September 1986 eine Epidemie eines besonderen Hepatitis-Typs grassiert, der weder dem Typ A noch dem Typ B zugeordnet werden kann (XNA, 29.3.88). Insgesamt sollen seitdem 122.000 Menschen an diesem Hepatitis-Typ erkrankt sein, und die Zahl der Toten soll sich bisher auf rund 650 belaufen (Radio Xinjiang, 25.3.88, nach SWB, 31.3.88). -sch-

***(18)**
Erneut Unruhen in Tibet

Tibet kommt nicht zur Ruhe: Nach den Demonstrationen gegen die chinesische Fremdherrschaft und für die Unabhängigkeit Tibets Ende September und Anfang Oktober (siehe C.a., Oktober 1987, Ü 7) kam es am 5. März 1988 zu ähnlichen Ausschreitungen, in deren Verlauf - offiziellen chinesischen

Angaben zufolge - ein chinesischer Polizist getötet, 29 weitere schwer verletzt und 309 leicht verletzt wurden (XNA, 9.3.88 u.a.). Die Zahlenangaben über getötete Tibeter schwanken zwischen 7 und 16 (Reuter in: FAZ, 10.3.88; FEER, 17.3.88). Angeführt von etwa 300 jungen Lamas sollen sich mehrere Tausend Tibeter an den Unruhen beteiligt haben. Rund 100 Mönche sollen verhaftet worden sein. Chinesische Politiker verurteilten die neuerlichen Unruhen und der amtierende Ministerpräsident Li Peng forderte eine strenge Bestrafung der Urheber der Unruhen. -sch-

Kultur

*(19) Konferenz über chinesische Medizin

Kürzlich hat das Staatliche Amt für chinesische Medizin zum erstenmal eine nationale Konferenz über chinesische Medizin veranstaltet, zu der die Leiter der nachgeordneten Ämter für chinesische Medizin eingeladen waren. Auf der Konferenz wurde der derzeitige Zustand der traditionellen Medizin beklagt und ein Entwicklungsplan aufgestellt. Wenn sich die chinesische Medizin im gegenwärtigen Tempo weiterentwickle, so der Direktor des Staatlichen Amtes für chinesische Medizin, Hu Ximing (der zugleich stellvertretender Gesundheitsminister ist), dann würde es bis zum Jahre 2000 pro Tausend Einwohner nur 0,26 Ärzte für chinesische Medizin geben; das liege weit unter dem Niveau von 1949, als auf tausend Einwohner ein Arzt für chinesische Medizin kam. Der Staat habe der Bedeutung der traditionellen Medizin durch die Errichtung des Staatlichen Amtes für chinesische Medizin Rechnung getragen (das Amt wurde 1986 eingerichtet), doch gehe die Arbeit auf Provinzebene, wo entsprechende Ämter eingerichtet werden sollen, nicht gut voran. Vor allem seien die finanziellen Zuwendungen viel zu gering: An den Gesamtausgaben für das Gesundheitswesen habe der Anteil für die chinesische Medizin im Jahre 1987 nur 8% und der für sie zur Verfügung stehenden Krankenhausbetten nur 6,7% betragen. Außerdem bestehe ein großer Mangel an Ärzten der chinesischen Medizin, insbesondere solchen von hohem Niveau, und

das Niveau der Wissenschaft auf diesem Gebiet lasse ebenfalls zu wünschen übrig. Im Gegensatz dazu, so betonte Hu, erkenne alle Welt den Wert der chinesischen Medizin und Pharmazie an, die überall auf dem Vormarsch seien. Deshalb müsse China die traditionelle Medizin nicht nur bewahren, sondern auch ihre Weiterentwicklung intensiv betreiben. (RMRB, 13.3.88)

Damit China seine führende Position auf dem Gebiet der chinesischen Medizin nicht verliert, wurde auf der Konferenz ein Entwicklungsplan für die Periode 1988-2000 aufgestellt. Der Plan sieht u.a. vor, im ganzen Land ein Netz von Zentren der traditionellen chinesischen Heilkunde zu errichten und die Zahl der Krankenhausbetten bis zum Jahr 2000 um 380.000 auf insgesamt 520.000 Betten zu erweitern. In diesem Zeitraum sollen 250.000 Ärzte für chinesische Medizin ausgebildet werden, so daß bis zum Jahr 2000 jede Stadt drei bis vier Mediziner und jedes Dorf mindestens einen Arzt hat. Zusätzlich sollen je 5.000 Experten für chinesische Medizin und Experten für kombinierte westliche und chinesische Medizin ausgebildet werden. Auf dem Gebiet der Forschung sollen unabhängige Forschungsinstitute sowie an Hochschulen und Krankenhäuser angegliederte Institute gegründet werden. Ferner sollen Zentren für internationalen Wissenschaftsaustausch und für die Ausbildung von ausländischen Medizinern entstehen. Insgesamt sollen 3.000 ausländische Ärzte in chinesischer Medizin, Akupunktur, Massage und Qigong (Atemgymnastik) ausgebildet werden. (XNA, 16.3.88)

In zweierlei Hinsicht bedarf es verstärkter Bemühungen um die Entwicklung der traditionellen chinesischen Heilkunde: im Hinblick auf eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung und auf die Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus. Will China auf diesem Gebiet führend in der Welt sein, dann ist die Erforschung der chinesischen Heilkunde mit modernen wissenschaftlichen Methoden geboten. Es scheint aber, daß gerade in der medizinischen Wissenschaft Chinas die Skepsis gegenüber den Möglichkeiten der traditionellen Medizin in letzter Zeit zugenommen hat. Ein wesentlicher Anreiz für ihre Entwicklung dürfte jedoch das Interesse des Auslands sein. Schon jetzt sind chinesische Arzneimittel zu einem Exportschlager geworden. -st-

*(20)

Hochschulzugang

Auf einer nationalen Konferenz über die in diesem Jahr neu zu immatrikulierenden Hochschulstudenten wurde bekanntgegeben, daß 1988 640.000 neue Studenten in die regulären Universitäten und Hochschulen aufgenommen werden, 4% mehr als 1987. Hinzu kommen 60.000 Zulassungen für die Fernseh- und Fernhochschulen, so daß sich die Gesamtzahl der neu zugelassenen Studenten auf 700.000 beläuft (GMRB, 10.3.88). Die Staatliche Erziehungskommission legte einen Zulassungsplan bis 1990 vor. Danach sollen die Zulassungen jedes Jahr leicht steigen: 1989 mit 650.000 Zulassungen um 2%, 1990 mit 680.000 Zulassungen um 5% gegenüber dem jeweiligen Vorjahr. Die Zahl der Zulassungen zu den Fernseh- und Fernhochschulen soll 1989 und 1990 je 70.000 betragen. An Postgraduierten werden 1988-1990 pro Jahr 45.000 neu zugelassen.

Entsprechend dem Ansteigen der Zulassungsziffer verbessern sich die Chancen, einen Studienplatz zu erhalten. 1987 sollen 25,5% aller Abiturienten allgemeinbildender Mittelschulen zum Hochschulstudium zugelassen worden sein. In diesem Jahr soll es 2,48 Millionen Abiturienten geben; von ihnen werden 27,2% studieren. 1989 und 1990 wird dieser Anteil auf 28,2 bzw. 28,8% steigen (XNA, 10.3.88).

Wie der stellvertretende Leiter der Staatlichen Erziehungskommission Liu Zhongde auf der Konferenz ferner ausführte, wird die Planung des Hochschulzugangs künftig nach zwei unterschiedlichen Methoden vor sich gehen: Zum einen wird die Zentrale in Zusammenarbeit mit den örtlichen Erziehungsbehörden einen verbindlichen Plan (zhilingxing jihua) aufstellen, um die speziellen Bedürfnisse des Staates zu befriedigen. Zum anderen wird es einen Plan mit Anpassungscharakter (tiaojiexing jihua) geben, der von den Hochschulen auf der Grundlage ihrer Ausbildungskapazität aufgestellt wird und den Bedarf der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche decken soll. Insgesamt soll die staatliche Planung zugunsten der angepaßten Planung zurückgehen (GMRB, 10.3.88).

Auch das System der Zulassungsprüfungen zu den regulären Hochschulen, das bisher zentral (d.h. auf Provinzebene) organisiert war, soll